

SP-Telegramme

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die SPS ist in aller Munde. Insbesondere bürgerliche Rechtsaussen reden momentan viel von der SP. Sie wollen uns aus dem Bundesrat werfen. Konkordanten-Aufregung sagen wir dem. Die SP ist Regierungspartei, weil sie die dazu nötige parlamentarische Stärke hat. Den Bürgerlichen passt nur nicht, dass wir auch in der Regierung und als Bundesratspartei mit unseren sozialen, ökologischen und abrüstungspolitischen Forderungen nicht profillos hinter dem Berg bleiben. Deshalb der Wirbel vor der Sommerpause. Das politische Bürgertum ist nervös im Hinblick auf die Wahlen. Die Leistungsbilanz der Mehrheit ist schwach. Und die Wählerinnen und Wähler könnten die Quittung präsentieren.



Sofort nach dem Einmarsch der Irak-Armee am 2. August in Kuwait hat die Sozialistische Internationale diesen völkerrechtlich nicht zu duldenen Gewalt- und Willkürakt eindeutig verurteilt. Die SP Schweiz ihrerseits begrüsst die darauf beschlossenen Schweizer Wirtschaftssanktionen gegen den Irak sehr. Für die SP wäre eine Neubesinnung der bisher engstirnigen und unengagierten Neutralitätspolitik der Schweiz längst fällig gewesen. Denken wir nur an Südafrika oder Mittelamerika. Wir hoffen deshalb, die neue Linie am Beispiel des Iraks sei von Dauer.

Nach der überraschenden Wende des Ständerates in der Sommersession für eine halbbatzige Mehrwertsteuer in der neuen Bundesfinanzordnung, hat die SPS ihre finanzpolitischen Vorstellungen deutlich gemacht. Die Geschäftsleitung hat mit einem veröffentlichten Papier ein soziales und ökologisches Finanzpaket gefordert. Die Fraktion wird entsprechende Anträge im Parlament stellen. Wir wollen die kleinen und mittleren Einkommen nicht mehr belasten. Steuer geschenke an die Banken dürfen nicht bei den Konsumenten kompensiert werden. Aus SP-Sicht müsste mit einer Kohlendioxid-Lenkungsabgabe eine zukunfts-trächtige und umweltverträgliche Steuerform beschlossen werden.



In einer ausführlichen Stellungnahme hat sich die SPS zum Entwurf eines neuen Raumplanungsgesetzes geäussert. Wir verlangen in erster Linie kleinere Bauzonen und den Stopp des heutigen Bodenverschleisses. Die Raumplanung sollte vorab in überbautem Gebiet wirken und das Kulturland schützen. Die SP will die Bodenpreis-Mehrwerte abschöpfen lassen und dadurch der Spekulation begegnen.



SP-Politik mit Briefen: Die SP hat der CVP angeboten, ihre Zivildienst-

Initiative zuerst parlamentarisch zu versuchen, im Rahmen der Beratungen der Parlamentarischen Initiative Hubacher. Gemeinsam hätten CVP und SP die Mehrheit. Die Christdemokraten trauen ihren Rechtsaussen jedoch und lehnten das Angebot mit Ausreden ab. – Bundesrat Flavio Cotti erhielt einen SP-Brief, in dem wir vorschlagen, dass, wer es wünscht, die Volkszählungs-Fragebogen statt der Gemeinde auch direkt nach Bern zu einem Delegierten schicken dürfte. Datenschutzprobleme stellen sich vorab in den Gemeinden. – Schliesslich schrieb die SP auch Bundesrat Arnold Koller, er solle die im neuen Asylgesetz vorgesehene unabhängige Beschwerdeinstanz sofort einsetzen und den Status der Gewaltflüchtlinge klären. So würden die Fortschritte des neuen Gesetzes transparent.



Am 12. August sind auf dem Flughafen Zürich-Kloten vier Tschernobyl-Familien eingetroffen. Sie verbringen auf Einladung der SP-Frauen und des SAH ein paar Wochen Ferien in der Schweiz. Hier erholen sie sich etwas von der übermässigen Strahlenbelastung, die sie nun seit über vier Jahren zu ertragen haben und können uns von den katastrophalen Folgen der verantwortungslosen Atomtechnik berichten. (Siehe auch nächste Seite.)